

„Die Wähler wollen, dass es um etwas geht“

BREMEN. Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen stehen Wahlen zum Landtag bevor. Jürgen Tremper hat mit Professor Lothar Probst, Leiter des Arbeitsbereichs Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung an der Universität Bremen, über Fragen der Demokratieentwicklung in der Bundesrepublik gesprochen.

Wie steht es derzeit um die parlamentarische Demokratie in Deutschland?

Es gibt eine Reihe von besorgniserregenden Anzeichen. Dazu gehört die teils dramatisch zurückgehende Wahlbeteiligung. Viele Leute fühlen sich vor allem von den beiden großen Volksparteien nicht mehr angemessen vertreten. Andere Wähler sind auf der Suche nach neuen Parteien, jüngst nach der Piratenpartei. Diese Phänomene zeigen eine gewisse Verunsicherung. Hinzu kommt, dass das Vertrauen der Wähler in die Problemlösungsfähigkeit der Parteien schwindet. Wie geht es weiter mit dem Euro? Ist die Rente noch sicher? Wie können wir jemals die Schulden abtragen? Das sind Fragen, die die Menschen bewegen. Noch vertrauen sie der Bundeskanzlerin, aber das kann sich schnell ändern. Zum Beispiel, wenn der Euro wackelt.

Wie zeigt sich Unzufriedenheit mit Demokratieentwicklung hierzulande bei Umfragen?

In der Mehrheit sagen die Bürger, dass sie die Grundwerte der Demokratie wie freie Wahlen, Pressefreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung schätzen. Die Kritik betrifft vor allem die Art und Weise, wie die Parteien die Demokratie verwalten. Viele haben auch das Empfinden, dass es in der Gesellschaft nicht gerecht zugeht.

Sie verweisen auf die teils dramatisch rückläufige Wahlbeteiligung. Wo liegen die Ursachen?

In einem Geflecht unterschiedlicher Gründe. Ein Beispiel: Politik braucht ständige Vermittlung und eine klare Ansprache, die die Wähler erreicht und die sie verstehen. Die politische Klasse in Berlin lebt aber oft wie unter einer Käseglocke. Sie hat die Tuchfühlung zu den einfachen Menschen verloren. Viel zu häufig geht es den Parteien um taktische Spielchen und um ihre parteipolitischen Vorteile. Das steigert die Frustration vieler Wähler.

Wer sind die Nichtwähler?

Ein Teil der Gesellschaft ist im Grunde schon aus dem System des Wählens ausgestiegen. Diese Nichtwähler sind weder sozial noch politisch oder kulturell fest in unserer Gesellschaft integriert. Nach den Ergebnissen der Wahlforschung sind es überwiegend Menschen mit geringer Bildung und einem schwachen sozialen Status. Hinzu kommen frustrierte Wähler aus dem bürgerlichen Lager. Es ist nicht hinnehmbar, dass wir eine im-



Der Brandenburger Landtag in Potsdam während einer Abstimmung

FOTO: BERND SETTIK/DAPD

mer größer werdende Gruppe haben, die aus sozialen Gründen nicht mehr wählen geht. Sie und ihre Interessen sind folglich nicht mehr angemessen in der Parteienlandschaft und in den Parlamenten vertreten.

Was kann man tun, um die Wahlbeteiligung wieder zu steigern?

Praktische Erfahrungen und gründliche Beobachtungen vergangener Wahlen weisen auf einen Grundsatz hin. Die Wahlbeteiligung wächst in dem Maß, wie sich Parteien um die Interessen und Anliegen ihrer Wähler kümmern und diese den Eindruck haben, dass es um etwas geht. Sie machen zudem ihre Wahlbereitschaft davon abhängig, ob es für sie ein programmatisch und personell attraktives Angebot gibt oder nicht. Eine Chance für die Parteien eröffnet sich also bei dieser Gruppe „konjunktureller“ Nichtwähler.

Wo lauern nach Ihrer Ansicht Gefahren für demokratische Entwicklung?

Greifen wir einen aktuellen Thema heraus. Die Bundesbürger haben nach Ende des Zweiten Weltkrieges erlebt, wie sich die D-Mark zu einer stabilen Währung entwickelt hat. Beim Übergang zur Euro-Währung gab es eine weit verbreitete Skepsis. Falls sich in nächster Zeit zeigen sollte, dass dieser Argwohn berechtigt war und die Geldwertstabilität des Euro nicht zu sichern ist, könnte es zu einem massiven Vertrauensschwund in die Parteien kommen. Davon könnten auch Parteien profitieren, die am rechten Rand der Gesellschaft bislang zum Glück eher ein Schattendasein geführt haben.



Prof. Lothar Probst FOTO: TREMPER

Welchen Einfluss haben Lobbyisten auf das Funktionieren der Demokratie, das Gesetzgebungsverfahren?

In manchen Fällen ist die Grenze hin zur Korruption bereits überschritten und allzu oft verfließen die Grenzen. So im Fall von Anwaltskanzleien, die Gesetzentwürfe für Ministerien verfassen und zugleich mit Unternehmen aus diesem Bereich zusammenarbeiten. Das ergibt einen gefährlichen Interessenmix. Normalerweise ist das Entwerfen von Gesetzen eine originär parlamentarische Aufgabe, die von den Ministerien geleistet werden muss. Um die Aufdeckung solcher problematischer Fälle kümmern sich Antikorruptionsorganisationen.

Wie können die Wahlbürger die Regierenden noch wirksamer kontrollieren?

Seit 1990 haben alle Bundesländer eine ausführliche Gesetzgebung im Bereich Volksbegehren und Volksentscheid geschaffen. Nur auf Bundesebene hat man bisher darauf verzichtet. Es kommt darauf an, wie die Hürden gestaltet werden und welche Fragen außerhalb einer Volksabstimmung bleiben sollten. In der Schweiz, eine etablierte Volksabstimmungs-Demokratie, nutzen übrigens die Wähler zwar die Möglichkeiten der Abstimmung. Aber häufig nehmen auch nur 30 bis 40 Prozent daran teil. Diese Ermüdung der Referendumsdemokratie über die Jahre gleicht in der Tendenz der Entwicklung der Wahlbeteiligung bei uns. Die Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene wäre trotzdem eine Innovation und ein mutiger Schritt, den Bürgern mehr Urteilsfähigkeit zuzutrauen.

In letzter Zeit kritisieren Politiker und Journalisten häufiger eine Entwicklung hin zur Kanzlerdemokratie. Wie sehen Sie das?

Den Begriff der Kanzlerdemokratie gibt es seit der Adenauer-Ära. Solche Diskussionen gehen auf die herausgehobene Position des Bundeskanzlers im Grundgesetz zurück. So hat er, beziehungsweise sie, die Möglichkeit, die Vertrauensfrage zu stellen, kann die Minister und Res-

sorts selbst zusammenstellen. Durch die Entwicklung der Medienlandschaft ist diese Position noch stärker geworden, weil die Kanzlerin im Zentrum des Medieninteresses steht.

Wie wirkt sich das auf den Stellenwert des Bundeskanzleramts aus?

Greifen wir exemplarisch einen Bereich heraus. Im Bundeskanzleramt wird inzwischen immer mehr Außenpolitik gemacht. In Fragen der Europapolitik spielt Außenminister Guido Westerwelle so gut wie keine Rolle – das macht Frau Merkel. In den letzten Jahren wurden immer mehr Kompetenzen ins Bundeskanzleramt verlagert. Für jeden Bereich der Regierungsarbeit gibt es eine eigene Planungsabteilung, die der Kanzlerin zuarbeitet. Die Fachleute nennen das Spiegelressort. Insofern gibt es einen unübersehbaren Trend hin zur Kanzlerdemokratie.

Was bremst diese Entwicklung?

Die Kanzlerin muss sich immer aufs Neue mit ihrer Fraktion und mit ihrer Partei abstimmen. Zusätzlich hat sie einen Koalitionspartner zu befriedigen. Nicht zu vergessen der Bundesrat, wo andere Mehrheiten als im Bundestag Gesetzesvorhaben blockieren können. Dem Trend zur Kanzlerdemokratie sind also auch Grenzen gesetzt.

Schließen wir den Kreis. Inwieweit sind Parteien noch fähig, langfristig nationale und europäische Perspektiven der Entwicklung unter den heutigen Bedingungen zu klären?

Parteien stehen permanent unter Entscheidungsdruck, angetrieben von Krisen, Märkten, Regierungsgegnern und medialen Erwartungen. Das hat natürlich Nachteile, weil bestimmte Entscheidungen einen langen Vorlauf und gründliches Überlegen brauchen. Austausch und Abwägung verschiedener Perspektiven bleiben so häufig auf der Strecke. Dennoch gibt es gegenwärtig keine Alternative zur Parteidemokratie. Die Parteien sind nach wie vor die wichtigsten Akteure und die Einzigen, die durch Wahlen legitimiert sind.



Wundersames Leben - Kolumne von Schriftstellerin Dittie Clemens

James Joyce kennt die Tore zu neuen Entdeckungen

Ein voller Bauch studiert nicht gern, ist eine Volksweisheit. Eine Weisheit von mir lautet: Eine volle Blase fährt nicht ordentlich Auto. Wenn ich meine Kolumne an den Nagel gehängt und zu diesem Thema geforscht hätte, hätte ich eine echte Chance gehabt, einen der Ig-Nobelpreise verliehen zu bekommen – den Anti-Nobelpreis. Der wurde nämlich 2011 zu dieser Thematik einem Neurologen und seinen Kollegen überreicht.

Das Forscherteam hatte herausgefunden, was mir schon immer klar war: Ein extremer Harndrang wirkt sich beim Autofahren so aus, als würde man besoffen am Steuer sitzen. Ig ist die Abkürzung für ignoble und bedeutet unedel oder schmächtig. Aber diese satirische Auszeichnung, die seit 1991 in den USA für skurrile Forschungsarbeiten vergeben wird, ist längst keine Schande mehr. Und es ist ein Irrtum anzunehmen, dass nur Genies oder Kinder geniale

Entdeckungen machen können. Jeder von uns kann täglich Neues entdecken, wenn er zum Beispiel nicht immer alles richtig macht. Nach James Joyce sind Fehler das Tor zu neuen Entdeckungen.

Welch' weites Feld bietet die deutsche Sprache für neue Entdeckungen. Die Pfliffigen, bei denen Hopfen und Malz nicht verloren sind, werden sofort erkennen, was für ein köstliches Getränk sich in den Worten flambieren, inkubieren und kollabieren verbirgt: das Bier. Sie werden auch herausbekommen, dass sich in Schund, Schummeliese, Dachstuhlbrand kein Bier, sondern Tiere versteckt haben.

Wenn ich jetzt André Malraux zitiere mit: „Jeder junge Mensch macht früher oder später die verblüffende Entdeckung, dass auch Eltern gelegentlich recht haben könnten“, dann machen garantiert 99 Prozent der Leser dieser Kolumne die Entdeckung, dass das auf sie zutrifft.

Zur Person

Karoline-Anni Reingraber

Sie studierte bis 2008 an der Theaterakademie Vorpommern und spielt seither an der Vorpommerschen Landesbühne Anklam. Viele werden sie als überdrehte Anwältin bei „In Sachen Adam&Eva“ kennen. In dieser Saison ist sie in zwei Programmen des FrechenKüstenKabarets zu erleben. Am 11. Mai ist sie Gastgeberin bei „Bühne&Buffet“ im Anklamer Theaterrestaurant.



FOTO: PRIVAT

Silke, die Badewanne und meine Wanderschuhe.

Was haben Sie zuletzt gelesen?

Mein Horoskop.

Was ärgert Sie am meisten?

Selbstverständlichkeit.

Was ertragen Sie nur mit Humor?

Alles.

Was ist Glück für Sie?

Das frag ich mich auch.

Was machen Sie am liebsten heimlich?

Popeln.

Und was am liebsten?

Mit Birgit Lenz auf der Bühne stehen.

Was gehört für Sie zu einem perfekten Frühstück?

Eine schöne Frau, die einen am Bett bedient.

Wenn Sie noch einmal 20 wären, was täten Sie dann?

Ich würde alles noch einmal so machen.

Wenn Sie die Macht dazu hätten: Was würden Sie ändern?

Mein Körpergewicht.

Woran glauben Sie?

An das Gute im Menschen.

Wer wären Sie gern?

Darüber muss ich mit meiner Therapeutin sprechen.

Wann hätten Sie leben wollen?

Jetzt.

Ihr liebster Ort?

Der Sessel in Bordels Büro.

Welche drei Telefonnummern wählen Sie am häufigsten?

Telefonseelsorge, Pizza-Service, Zeitansage.

Wen oder was würden Sie auf eine einsame Insel mitnehmen?

Mein Bett, mein Telefon und alle Bücher, die ich nur halb gelesen habe.

In Ihrem Kühlschrank sind immer...

Irgendwelche Produkte, verschimmelt.

Ihre größte Stärke?

Mein Humor.

Ihre größte Schwäche?

Ich kann recht unzuverlässig sein.

Drei Schätze in Ihrem Heim?

Meine Mitbewohnerin